

Faircommuny – der Versuch einer Integration verschiedener Ansätze

von Theophil Wonneberger

zum Treffen der Initiative Grundeinkommen Berlin am 19.2.2008

*„Im Kapitalismus beutet der Mensch den Menschen aus,
im Sozialismus ist es genau anders herum.“ (anonym)*

Auch wenn dieser Satz etwas polemisch ist, spricht er doch eine Wahrheit aus: Die Menschen haben das heutige Wirtschaftssystem satt, aber sie wollen auch nicht den lange als einzige Alternative erscheinenden real existierenden Sozialismus (zurück) haben. In einem Spiegel-Artikel (Nr.34/2005) wird deutlich: Es wird durchaus nach Alternativen gesucht.

Staatskritik

Die Forderungen nach einem bedingungslosen Grundeinkommen oder nach einer Geld- und Bodenreform richten sich oft unhinterfragt an den Staat als Akteur im Weltgeschehen.

Betrachtet man aber den Staat selbst einmal als Arena politischer Akteure oder als "materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen", wie es etwa der griechisch-französische Politologe und Philosoph Nicos Poulantzas tat, wird schnell deutlich, dass er die falsche Adresse für Forderungen ist, die die Befreiung der Massen zum Ziel haben.

Der Staat ist das Ergebnis der bürgerlichen Machtansprüche gegenüber Adel und Proletariat. Der alte Adel ist abgeschafft, das Proletariat wird weiter unterdrückt. Der neue (Geld-)Adel oder einfacher, das Kapital, hat die Menschen fest im Griff, die neuen Herrscher sind Geldbesitzer, Konzerne, Banken. Manche sprechen sogar von modernem Feudalismus.

Kapitalismus

Dies ist nichts Neues, schon Marx hat den Kapitalismus gründlich analysiert. Die Herrschaft des Kapitals manifestiert sich in der Geldwirtschaft (G-W-G') und verdrängt die Tauschwirtschaft (W-G-W). Er und auch Gesell haben diese Formel weiter verkürzt durch die Beschreibung der Selbstvermehrung des Kapitals durch den Zinseszins (G-G').

Beide haben eine ähnliche Systemanalyse: Es gibt einen Bruch zwischen Kapital und Arbeit, eine Ausbeutung der Arbeit durch das Eigentum. Weiterhin gibt es eine Feinunterscheidung zwischen etwa Geldkapital und Sachkapital.

Die Probleme des heutigen Wirtschaftssystems sind eben genau noch dieselben: zum einen das zinsbelastete Kreditgeldsystem mit seiner Abkopplung von der Realsphäre (Spekulation statt Investition) und zum anderen das Eigentum an Produktionsmitteln und Boden. Dazu kommt die alte Verwobenheit von Geld und Eigentum.

*Es lohnt sich, die unsichtbare Hand des Marktes
einmal ans Licht zerren. Dann sieht man nämlich,
daß sie zur Faust geballt ist.*

Kommunismus?

Dem gegenüber steht beispielsweise das Ideal einer anarchistischen Wirtschaft, der „dezentralen Bedarfsökonomie“, die sich v.a. an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort orientiert, nicht an Kapital- oder sonstigen Fremdinteressen. Der pragmatischste Ansatz ist der der Kommune, als Form des unmittelbaren Zusammenlebens oder als abstraktere Gemeinschaft zum Schutz der Mitglieder, wie etwa in Genossenschaften organisiert.

Auf dem Weg zu einer (möglicherweise utopischen) geldlosen Gesellschaft, in der jeder nimmt, was er will, und gibt, was er kann, sind Modelle einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ durchaus akzeptabel und weiterführend. Das Ziel sind immer die Freiheit der Tätigkeit (statt Arbeitszwang), die Abschaffung der Ausbeutung durch leistungslose private Gewinne oder die Abschöpfung von Monopolrenten sowie eine krisenfreie und Ressourcen schonende Ökonomie.

Die Entwicklung von substaatlichen Modellen ist kein Selbstzweck. Es geht nicht in erster Linie um eine Stärkung (Wiederfindung) der eigenen regionalen Identität. Vielmehr bietet ein überschaubarer Rahmen für Menschen und Wirtschaft etliche Vorteile. Er dient der Transparenz der Kreisläufe und der Demokratisierung von Entscheidungen. Beispiel ist hier die Raiffeisen-Genossenschaft.

Außerdem ist ein bottom-up-Ansatz m.E. besser geeignet, größere Veränderungen herbei zu führen, als beispielsweise eine Weltrevolution. Eine Vereinigung mit eigenen Regeln kann einen Schutzraum im bestehenden System bieten und Alternativen praktisch erproben, ohne ihre Kräfte in großen Kämpfen zu vergeuden. Die Devise lautet also Aushöhlung des Kapitalismus statt Frontalangriff.

Die Institution der Kommune kann dazu genutzt werden, private Gewinne zu minimieren und gemeinschaftlich erwirtschaftete Überschüsse (Renten) gleichmäßig an alle Mitglieder zu verteilen. Auf diese Weise ist auch die Auszahlung eines regionalen Grundeinkommens denkbar. Ein vielversprechender Ansatz dazu ist der „Venture Communism“ von Dmytri Kleiner.

Finanzierung

Geht man einmal von der Annahme einer Volkswirtschaft wie der unsrigen aus und betrachtet die aktuellen bundesdeutschen Zahlen, so wird sichtbar, daß auch die Finanzierung einer Kommune durchaus möglich ist.

Legt man z.B. das Grundeinkommens-Modell der KAB zugrunde, das auf einer Mischfinanzierung basiert und ausreichend hoch ist, und erweitert es durch die stärkere Besteuerung von Kapitalgewinnen, die Einführung einer Ressourcensteuer (INWO), die Vergemeinschaftung des Bodens und eine Geldreform, wäre ein existenzsicherndes Grundeinkommen durchaus finanzierbar.

Diese Rechnung beinhaltet natürlich viele unbekannte Variablen und möglicherweise einige Fehlannahmen. Dennoch vermittelt sie den Grundgedanken: Es ist genug für alle da, wir müssen es nur anders verteilen.

Anlagen

Raiffeisenbank Gammesfeld:

<http://www.inwo.de/modules.php?op=modload&name=News&file=article&sid=599>

Venture Kommunismus:

<http://www.political-psychology.de/theophil.de/articles/venture-kommunismus.pdf>

Spreublüte Kurzkonzzept:

<http://www.spreublüte.de/index.php?id=21>

INWO Standpunkt 3:

<http://www.inwo.de/downloads/INWO-Standpunkt%203%20Grundeinkommen.pdf>